

SZ-Interview mit dem ehemaligen sowjetischen Staatspräsidenten

# „Man kann den Terrorismus nicht ganz loswerden“

Gorbatschow hält die Gewalt in Inguschetien für eine Reaktion auf die Lage im Irak und setzt auf den politischen Weg

Die Macht des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist größer denn je: Er kontrolliert das Parlament, weitgehend die Medien – nicht aber die Lage im Kaukasus. Die Zahl der Toten bei den Überfällen in Inguschetien stieg auf 98. Die *Süddeutsche Zeitung* sprach bei einer Tagung der Gesellschaft für Außenpolitik und des World Political Forum mit Michail Gorbatschow, dem früheren sowjetischen Präsidenten.

**SZ:** Bedeutet der organisierte Großangriff in Inguschetien eine neue Qualität im Kaukasus-Konflikt?

**Gorbatschow:** Es ist die Reaktion darauf, dass in Tschetschenien der politische Prozess eingesetzt hat. Wahrscheinlich muss Inguschetien auch dafür zahlen, dass es zusammen mit Moskau und der Führung von Tschetschenien die Flüchtlingslager aufgelöst hat, die eher Erholungsorte für tschetschenische Kämpfer waren. Die wichtigste positive Seite Putins ist: Er setzt darauf, dass die Tschetschenen allmählich selber die Regierung in ihrer Republik übernehmen.

**SZ:** Eine Regierung, die mehr oder weniger von Moskau eingesetzt wird.

**Gorbatschow:** Tschetscheniens Präsident Achmad Kadyrow war einst selber ein Anführer dieser Rebellentrupps. Dann kam er zu dem Schluss, dass der einzige Weg die Zusammenarbeit ist. Und er wurde ermordet. Unter den Toten in Inguschetien sind viele, die eine wichtige Rolle in der Regierung und der Rechtsprechung spielten. Außerdem verstärkt Moskau seine Schritte, um den Wiederaufbau Tschetscheniens zu finanzieren. Die Gewalt ist aber auch eine Reaktion auf die Lage im Irak und in Nahost.

**SZ:** Aber Gewalt hat es in Tschetschenien vorher schon gegeben.

**Gorbatschow:** Es gibt einen Kampf gegen diejenigen, die eine Normalisierung der Lage anstreben. Man muss den bewaffneten Banden eine Abfuhr erteilen. Das Wichtigste aber ist, dass man einen politischen Weg einschlägt, im Irak, in Tschetschenien und im Nahen Osten.

**SZ:** Währenddessen wächst der Hass. Fehlt Putin im Kaukasus das nötige Geschick, geht es mit Härte allein?

**Gorbatschow:** Nein. Aber so etwas wie in Inguschetien darf man nicht unbefräft lassen. Ich bin für harten Einsatz, wo es sein muss, aber im Grunde für Verhandlungen, für die Beseitigung der Ursachen. Wenn Terroristen es leicht haben, Banditen zu rekrutieren, Menschen, die von einem Dollar am Tag leben, die resigniert haben und zu allem bereit sind, dann muss man sich damit beschäftigen.

**SZ:** Russische Soldaten sind an „Säuberungen“ beteiligt. Muss Moskau nicht auch dort härter vorgehen?



„Die Amerikaner haben die Demokratie seit 200 Jahren, wir sollen sie in 200 Tagen schaffen“, sagt der sowjetische Ex-Präsident Michail Gorbatschow. AFP

**Gorbatschow:** Wenn Sie mit Leuten zu tun haben, die tagsüber arbeiten und nachts eine Banditenuniform anziehen, um zu töten, dann kann man ohne diese „Säuberungen“ nicht auskommen. Es geht um Kontrolle, um nichts mehr.

**SZ:** Kann der Konflikt mit internationaler Hilfe gelöst werden?

**Gorbatschow:** Man kann den Terrorismus nicht ganz loswerden, das ist eine Utopie. Die Amerikaner haben erst am 11. September erfahren, dass es Terrorismus gibt. Wir kennen ihn seit langem.

**SZ:** Putin hat mit seiner gelenkten Demokratie fast alles unter seine Kontrolle gebracht, Duma, Föderationsrat, Medien: Wie gefährlich ist dieser Weg?

**Gorbatschow:** Die Amerikaner sagen

mir oft, sie seien unzufrieden: „Wie ist es mit den Medien, die Behörden gehen autoritär vor.“ Ich antworte ihnen dann: Wollen Sie, dass wir eine Demokratie haben wie Sie? Wir wollen das auch. Warum aber halten Sie uns für so begabt? Sie haben dieses System seit 200 Jahren, wir sollen es in 200 Tagen schaffen.

**SZ:** Auch in Russland war die Freiheit bereits größer.

**Gorbatschow:** Wir führen unser Land aus der totalitären Gesellschaftsordnung in die Demokratie. Wir machen alles neu. Das verlangt Zeit. Ich zweifle nicht an Putins demokratischer Ausrichtung. Obwohl ich weiß, dass er auch Fehler macht.

**SZ:** Welche?

**Gorbatschow:** Sehr viele. Zum Beispiel

den mit NTW (dem einst unabhängigen Fernsehsender). Man sollte den Kanal erhalten, wie er war. Aber Russland ist ein schwieriges Land in einer schwierigen Übergangsperiode. Helmut Kohl hat mir einmal gesagt, mit der Wirtschaft in Ostdeutschland werden wir schon zurecht kommen, obwohl es auch dort noch genug Probleme gibt, nach so vielen Jahren.

**SZ:** Ein anderes Problem dieser Tage: Yukos. Wie beurteilen Sie den Prozess?

**Gorbatschow:** Ich kenne Michail Chodorkowskij lange, als Präsident habe ich ihn empfangen. Aber wenn er riesige Steuerrummern versteckt, eine Milliarde Dollar, von dem Öl, das er dem Staat praktisch gestohlen hat, dann frage ich Sie: Wo muss sich ein solcher Mann befinden?

**SZ:** Bei der Privatisierung hat kaum einer saubere Geschäfte gemacht.

**Gorbatschow:** Es ist sehr verwunderlich, wie sie alle in zehn Jahren plötzlich zu Milliardären geworden sind, als Jelzin ihnen ohne Gegenleistung alles verschenkt hat. Jeder Dieb muss sitzen und bestraft werden. Aber alles muss im Rahmen des Gesetzes bleiben.

**SZ:** Ist das Gericht unabhängig?

**Gorbatschow:** Ich würde nicht garantieren, dass alle Gerichte bei uns unabhängig sind. Die Millionäre wollen bestechen, und die Behörden versuchen, den Gerichten telefonisch Anweisungen zu geben.

Interview: Frank Nienhuysen

## Spiel mit dem Hunger

Präsident Mugabe behauptet, Simbabwe brauche keine Hilfe

Simbabwes Präsident Robert Mugabe spricht gerne im Namen seines Volkes – besonders dann, wenn es um existenzielle Fragen geht: „Wir sind nicht hungrig“, versicherte er unlängst in einem Interview, als die Vereinten Nationen gerade damit beschäftigt waren, den Hilfsbedarf in dem südafrikanischen Land zu ermitteln. Die Welt könne ihre Hilfe gerne auch woanders abladen, schlug Mugabe vor. Simbabwe komme schon ohne die Unterstützung klar, und solche Worte passten zu den vollmundigen Ankündigungen seiner Minister, dass das Land in diesem Jahr mit einer prächtigen Ernte von 2,4 Millionen Tonnen Mais rechnen könne – mehr als genug, um den Eigenbedarf zu decken.

Nur seltsam, dass die Prognose gar nicht zu den Ergebnissen einer neuen Studie passt, die Mugabes Regierung selbst mit verfasst hat. Wie ein Expertenteam in Simbabwe herausfand, dürften in diesem Jahr 2,3 Millionen Landbewohner nicht in der Lage sein, ihren minimalen Nahrungsbedarf zu decken. Eine andere Studie ergab, dass 2,5 Millionen Stadtbewohner ebenfalls Hilfe benötigen. Insgesamt geht es also um das Schicksal von nahezu fünf Millionen Menschen – das ist fast jeder Zweite im Land.

Henri Josserand, Experte bei der Welternährungsorganisation (FAO) in Rom, schätzt, dass Simbabwe im Jahr 2004 „eine ähnlich schlechte Ernte einfahren wird wie vergangenes Jahr“.

Damals waren es weniger als eine Million Tonnen Mais, der Bedarf der Bevölkerung liegt etwa doppelt so hoch.

Mike Huggins vom Welternährungsprogramm (WFP) in Südafrika rätselt: „Wir wissen nicht, worauf sich Mugabes optimistische Angaben stützen.“ Das Land Simbabwe, einst die Kornkammer im südlichen Afrika, ist schon seit mehreren Jahren nicht mehr in der Lage, seine eigene Bevölkerung ausreichend zu ernähren. Dies liegt zum einen an widrigen Wetterbedingungen und der Trockenheit, andererseits aber auch an der von Mugabe erzwungenen Landenteignung weißer Farmer, die eigentlich der Masse der schwarzen Landbevölkerung zugute kommen sollte. Die Mehrheit der Armen auf dem Land hat davon jedoch nicht profitiert, weil die lukrativen Farmen an die Günstlinge Mugabes verteilt wurden und die Kleinbauern kaum Maschinen oder Saatgut von der Regierung bekommen, um ihre neuen Felder zu bestellen.

Für die Vereinten Nationen ist nun eine sehr komplizierte Situation entstanden, denn das WFP braucht Zeit, um größere Lieferungen vorzubereiten. „Wenn Simbabwe Nahrung für mehrere Millionen braucht, muss die Regierung frühzeitig Alarm geben“, warnt WFP-Vertreter Huggins. Doch davon ist in Harare nichts zu hören, dort pflegt Mugabes Clique den Mythos der Autarkie. Auf Kosten der Ärmsten. Arne Perras

## SZ-Wochenchronik 26/2004 vom 19. Juni bis 25. Juni

### Blutige Anschlagsserie im Irak

Wenige Tage vor der geplanten Machtübergabe am 30. Juni ist die Gewalt im Irak eskaliert. Bei einer Anschlagsserie kamen am 24. Juni mindestens 90 Menschen ums Leben. Der mutmaßliche Terroristenführer Abu Mussab al-Sarkawi bekannte sich zu den Anschlägen. Am 22. Juni tötete die Gruppe um al-Sarkawi eine im Irak entführte südkoreanische Geisel. Am 23. Juni richtete die Gruppe eine Morddrohung gegen den irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi.

### Angriff in Inguschetien

Bei einem Angriff von mehr als 200 tschetschenischen und inguschischen Rebellen auf Polizei- und Regierungsgebäude in der russischen Teilrepublik Inguschetien sind am 21. Juni 98 Menschen getötet worden. Unter den Opfern befanden sich hochrangige Vertreter der Moskautreuen Führung des an Tschetschenien grenzenden Landes. Russlands Präsident Wladimir Putin kündigte am 24. Juni an, die Truppen in der Region zu verstärken.

### Rudi Völler tritt zurück

Nach dem frühen Ausscheiden der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft in Portugal ist Teamchef Rudi Völler am 24. Juni zurückgetreten. Seine Mannschaft hatte im letzten Vorrundenspiel am 23. Juni gegen Tschechien 1:2 verloren und den Sprung ins Viertelfinale verpasst.

### Kabinettt billigt Haushaltsentwurf

Das Kabinettt hat am 23. Juni den Entwurf für den Bundeshaushalt 2005 gebilligt. Der Entwurf von Finanzminister Hans Eichel (SPD) sah einen Zuwachs der Ausgaben um eine Milliarde auf 258 Milliarden Euro vor.

### Stasi-Akten bleiben verschlossen

Die Stasi-Akten über Altkanzler Helmut Kohl (CDU) bleiben weitgehend unter Verschluss. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Juni dürfen Stasi-Dokumente über das Privatleben Kohls und anderer Personen der Zeitgeschichte nicht veröffentlicht werden.

### Längere Arbeitszeit bei Siemens

Im Streit über die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland haben sich Siemens und die IG Metall am 24. Juni auf einen Rahmenvertrag geeinigt. Kern der Vereinbarung ist eine mögliche Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche ohne Lohnausgleich. Im Gegenzug kündigte Siemens an, die Standorte in Bocholt und Kamp-Lintfort zu erhalten.

### Postbank startet an der Börse

Die Postbank ist am 23. Juni an der Börse gestartet. Der Ausgabepreis der Aktie betrug 28,50 Euro, der erste Kurs notierte bei 29 Euro. Am Abend des ersten Börsentags schloss der Kurs mit 28,84 Euro.

### Privates Raumschiff fliegt ins All

Erstmals in der Geschichte der Raumfahrt hat ein privates Raumschiff am 21. Juni das Weltall erreicht. Der Pilot Mike Melvill schwebte mit seinem „Space Ship One“ dreieinhalb Minuten mehr als 100 Kilometer über der Erde. Er landete sicher in Kaliforniens Wüste. (plin/tvs)

## Politbarometer: Die Stimmung Ende Juni

# SPD auf neuem Tiefpunkt

In den vergangenen 37 Jahren stand die Partei bei der Sonntagsfrage nie so schlecht da / Grüne legen zu

Die aktuelle politische Stimmung in Deutschland spiegelt den Trend des deutschen Wahlergebnisses bei der Europawahl wider: SPD und CDU/CSU verlieren im Vergleich zur Umfrage Ende Mai, PDS und vor allem die Grünen legen zu. Nach ihrem Wahldebakel kommt die SPD jetzt nur noch auf 22 Prozent (5 Prozentpunkte weniger als Ende Mai). Die CDU/CSU liegt nach deutlichen Einbußen bei 46 Prozent (-4). Klar verbessert haben sich die Grünen mit jetzt 15 Prozent (+5); konstant bei 6 Prozent bleibt die FDP; leicht zulegen kann die PDS auf 6 Prozent (+2).

Zwar unterlag die politische Stimmung auch in den alten Bundesländern klaren Veränderungen, im Osten fallen diese aber besonders groß aus. Zum einen handelt es sich dabei um das bekannte Phänomen, dass die Gewinner einer Wahl unmittelbar danach deutlich profitieren können, zum anderen ist das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern nach wie vor volatiler als das in der alten Bundesrepublik. Die SPD erreicht jetzt im Osten in der politischen Stimmung nur noch 17 Prozent (-11), die CDU kommt auf 35 (-4), die PDS verbessert sich auf 27 (+11), die Grünen liegen bei 9 (+3), und die FDP erreicht 4 Prozent (-2).

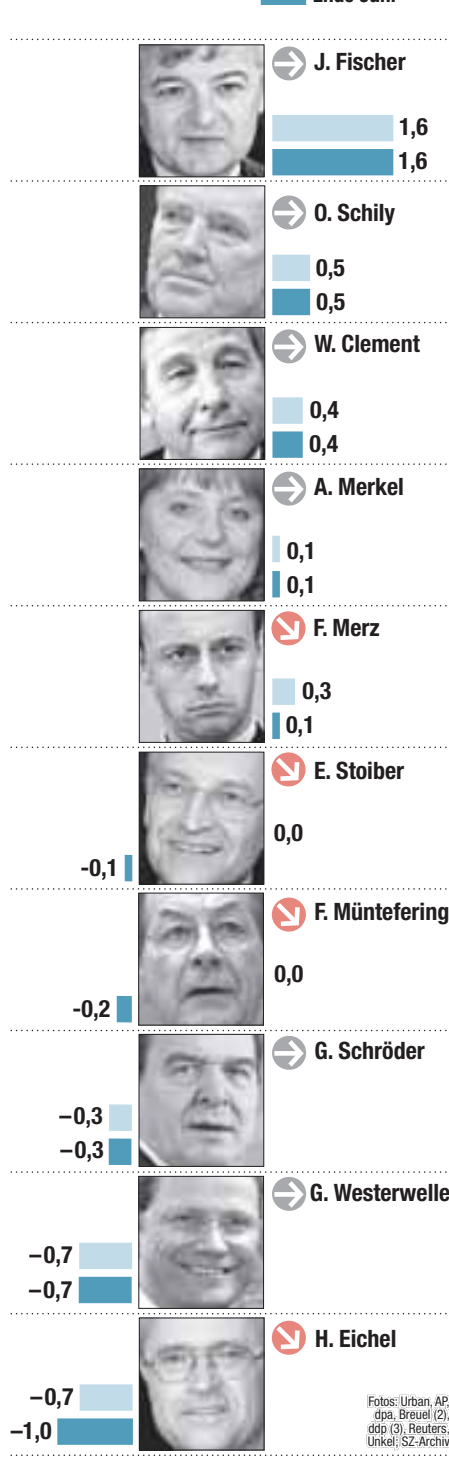
### Unzufrieden auch mit der Union

Die starken Bewegungen in der aktuellen politischen Stimmung führen auch zu einer veränderten „Projektion“ („Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...“). Die SPD fällt auf 27 Prozent (-2) zurück, und auch die CDU/CSU, die nun auf 46 Prozent (-2) kommt, muss Einbußen hinnehmen. Für die SPD ist dies ein erneuter Negativrekord: Niemals zuvor stand sie in der Projektion des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen seit 1977 so schlecht da. Ein klares Plus ist für die Grünen mit jetzt 11 Prozent (+2) zu verzeichnen; leicht nach oben gegangen ist es auch für die FDP auf 7 (+1) und für die PDS auf 5 (+1), die so jetzt wieder ins Parlament einziehen könnte. Für die Verhältnisse im Bundestag bedeutet das, dass die Union zwar von einer absoluten Mehrheit wieder abgerückt ist, zusammen mit der FDP aber klar eine Koalitionsregierung bilden kann.

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung insgesamt fällt – gemessen auf der +5/-5-Skala (sehr zufrieden/sehr unzufrieden) – mit -1,4 im Juni ähnlich

### Die Beliebtheit der Politiker

Skala von -5 (sehr unbeliebt) bis +5 (sehr beliebt)



hoch aus wie im Mai. Die Einzelbeurteilung für die Regierungsarbeit der SPD und der Grünen hat sich in unterschiedliche Richtungen entwickelt: Die SPD wird für ihre Leistungen nun mit verschlechterten -1,3 eingestuft; die Note für die Grünen fällt mit -0,9 weniger negativ als in der letzten Zeit.

Auch die Opposition ist von der schlechten Stimmung gegenüber den politischen Akteuren betroffen. Die Leistungen der CDU/CSU werden aktuell mit einem Durchschnittswert von -0,3 beurteilt (Mai: -0,1), und auch die Note für die Arbeit der FDP fällt mit -0,8 erneut etwas schlechter aus als in den vergangenen Wochen (Ende Mai: -0,6).

Die Zahl derer, die die Arbeit der Bundesregierung alles in allem für schlecht halten, ist im Vergleich zu der Umfrage im April noch weiter angestiegen: Im Moment sagen 70 Prozent der Deutschen, dass die rot-grüne Koalition ihre Sache nicht gut macht; nur noch 28 Prozent sind der Meinung, Rot-Grün erledige die Regierungsgeschäfte eher gut. Eine Mehrheit der SPD-Anhänger (67 Prozent) äußert sich über die Leistungen der Regierung anerkennend; alle anderen Parteianhängerschaften sehen das mehrheitlich anders (eher schlecht: CDU/CSU: 85; Grüne: 57; FDP: 89; PDS: 72 Prozent).

### Wandel im Parteienprofil

Auffällig ist, dass man in einer Unionsregierung keine wirkliche Alternative sieht. Das war zwar auch in den vergangenen Monaten so, aber jetzt nehmen noch einmal etwas weniger (25 Prozent) an, dass es die CDU/CSU in der Regierung besser machen würde. 11 Prozent denken, sie würde es schlechter machen, aber die große Mehrheit (61 Prozent) erwartet keine großen Unterschiede.

Trotz aller Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik herrscht beim überwiegenden Teil der Bevölkerung die Annahme vor, dass die Koalition aus SPD und Grünen bis zur Bundestagswahl im Herbst 2006 bestehen bleiben wird (66 Prozent). 29 Prozent rechnen mit einem vorzeitigen Ende.

Entsprechend sehen die Erwartungen aus, wenn es um Bundeskanzler Gerhard Schröder geht. Für die Mehrheit von 67 Prozent bleibt er bis zur nächsten Bundestagswahl Kanzler; 28 Prozent glauben, dies werde nicht der Fall sein. Obwohl die jetzige Umfrage also noch unter dem Eindruck der jüngsten Wahlniederlagen der SPD steht, denken jetzt sogar

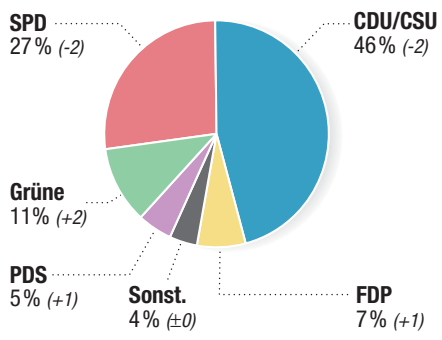
wieder etwas mehr Bürger als im Februar (56 Prozent), kurz nach dem Rücktritt vom SPD-Parteivorsitz, dass Gerhard Schröder bis 2006 amtieren wird.

Die immer wieder von verschiedenen Seiten geforderte Kabinettsumbildung hält die Mehrheit der Deutschen (51 Prozent) für notwendig. 42 Prozent sind gegen eine Auswechslung eines Teils der Minister. Nur die Anhänger der Union (auswechseln: 57; nein: 37) sprechen sich mehrheitlich für eine Entlassung von Kabinettsmitgliedern aus. Bei den SPD (auswechseln: 43; nein: 48) und auch bei den Grünen-Anhängern (auswechseln: 46; nein: 51) sind diejenigen knapp in der Mehrheit, die eine Neubestetzung von Ministerposten nicht befürworten.

Am Image der nach Meinung der Befragten zehn wichtigsten Regierungen und Oppositionspolitiker hat sich im Juni im Vergleich zur vorigen Befragung

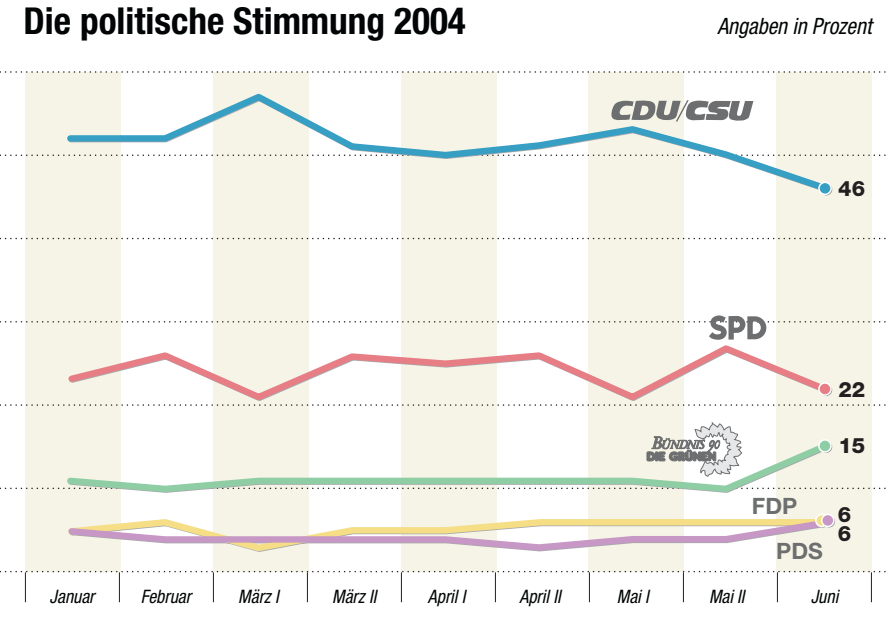
### Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre...

(in Klammern: Veränd. gegenüber Ende Mai in Prozenten)



nur wenig geändert. Die meisten Politiker werden genau gleich oder nur geringfügig schlechter als Ende Mai beurteilt.

Aus Sicht der Befragten verfügt lediglich der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber über den vollen politischen Rückhalt in seiner Partei. Bei Angela Merkel (CDU) und Guido Westerwelle (FDP) sind die Meinungen eher geteilt. Nur wenige Befragte denken allerdings, dass die Politik Gerhard Schröders von der SPD voll mitgetragen wird. Nur 14 Prozent der Deutschen sind derzeit der Ansicht, dass Gerhard Schröders Politik von der SPD voll unterstützt wird; die große Mehrheit (82 Prozent) hegt daran Zweifel. Sogar bei den SPD-Anhängern sind es nur 23 Prozent, die glauben, dass die SPD den Kurs des Bundeskanzlers in



wichtigen politischen Fragen voll mitträgt. Weniger als die Hälfte der Befragten (46 Prozent) nehmen an, dass die CDU voll hinter der Politik ihrer Vorsitzenden Angela Merkel steht; ähnlich viele sehen das aber anders und halten die Politik der CDU-Chefin in ihrer Partei eher für umstritten (49 Prozent). Die Unionsanhänger bewerten dies eindeutiger: 62 Prozent glauben jetzt, dass die CDU hinter der politischen Position Angela Merkels steht.

In Bezug auf Edmund Stoiber und dessen politischen Rückhalt in der CSU herrscht ein klarer Eindruck vor: 77 Prozent sind der Meinung, die Partei stehe geschlossen hinter seinem Kurs; nur für 16 Prozent herrschen hier eher Unstimmigkeiten vor. Innerhalb der Unionsanhängerschaft dominieren eindeutig jene (87 Prozent), die davon überzeugt sind, dass Edmund Stoiber von seiner Partei voll unterstützt wird.

Zwiespältig ist das Meinungsbild, wenn nach Guido Westerwelles Politik in der FDP gefragt wird: 44 Prozent glauben, die FDP stehe hinter dem Kurs ihres Bundesvorsitzenden; 45 Prozent denken, dies sei nicht der Fall.

Was das Profil der Parteien angeht, so fällt auf, dass sich im Laufe der vergangenen Jahre bei manchen Attributen nur sehr wenig geändert hat, bei anderen ein deutlicher Wandel eingetreten ist. Vor allem die SPD wird bei allen Eigenschaften jetzt seltener genannt als vor acht Jahren.

Für fortschrittlich halten 26 Prozent am ehesten die CDU/CSU, 23 Prozent nennen die Grünen, erst an dritter Stelle (18 Prozent) kommt die SPD.

Bei der Eigenschaft demokratisch fällt der relativen Mehrheit von 32 Prozent als erstes die CDU/CSU ein. 25 Prozent verbinden die SPD mit diesem Attribut;

12 Prozent entscheiden sich für die Grünen.

Nach wie vor wird die SPD von der relativen Mehrheit (31 Prozent) als die Partei bezeichnet, der am ehesten die Eigenschaft sozial zugeordnet werden kann; allerdings hatte die SPD vor acht Jahren bei diesem Punkt noch ein viel eindeutigeres Image (November 1996: 53 Prozent). Die CDU/CSU wird hier nun von 25 Prozent genannt (November 1996: 18). Auf die Grünen legen sich 10 Prozent (November 1996: 12) und auf die PDS 12 Prozent fest.

Bei der Frage nach der Liberalität sind die Zuordnungen klar: Fast die Hälfte der Deutschen (47 Prozent) weist der FDP diese Eigenschaft zu (November 1996: 37); 12 Prozent verbinden damit am ehesten die SPD; für die CDU/CSU entscheiden sich 11 und für die Grünen 9 Prozent.

Ähnlich wie beim Attribut fortschrittlich werden die Grünen auch in punkto Modernität eingeschätzt, allerdings sind die Abstände zu den anderen Parteien hier etwas größer: 25 Prozent der Deutschen halten die Grünen am ehesten für modern. 14 Prozent der Nennungen entfallen auf die SPD, 16 Prozent sprechen sich für die Union aus, und 14 Prozent sagen von der FDP, dass sie diese mit dem Attribut modern verbinden.

Dieser Überblick wurde von der SZ-Redaktion zusammengestellt und basiert auf der telefonischen Befragung von 1230 zufällig ausgewählten wahlberechtigten Deutschen in der Zeit vom 22. bis 24. Juni 2004 durch die Forschungsgruppe Wahlen Mannheim für das ZDF-Politbarometer.

SZ-Graphik: Eberhard Wolf Michael Mainka